



MdB Astrid Grotelüschen

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-74608

Fax: +49 30 227-76608

E-Mail: Astrid.Grotelueschen@bundestag.de

17. März 2017

Modellkommunen für „Open Government“ gesucht: Grotelüschen ermuntert zur Bewerbung

Ab sofort können sich Gemeinden, Städte und Landkreise für ein Pilotprojekt des Bundesinnenministeriums bewerben. Ziel des Programmes ist es, die ausgewählten Kommunen bei Maßnahmen aus dem Bereich „Open Government“ zu unterstützen. Insgesamt sollen neun Modellkommunen mit jeweils 50.000 Euro bis 2019 gefördert werden. „Das Programm will mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung schaffen und auch den Kommunen ihre Arbeit erleichtern“, damit ruft die Bundestagsabgeordnete Astrid Grotelüschen Städte und Gemeinden in ihrem Wahlkreis zu einer Bewerbung auf.

Durch ein „Open Government“-Konzept soll die Arbeit von Politik, Regierung, Verwaltung und Justiz für die Bürger insgesamt verständlicher und leichter nutzbar werden. Ziel ist insbesondere die Entstehung eines zentralen Leitfadens für kommunale Verwaltungen. Neben der Vernetzung der Kommunen stehen vor allem mögliche Verbesserungen durch Digitalisierung im Vordergrund. Angestrebt werden dabei unter anderem mehr Standardisierung, einheitliche Schnittstellen und vollständige Online-Verfahren. „Davon profitieren die Bürger ebenso wie die Verwaltungen“, so die Abgeordnete. Die Erreichbarkeit von Städten und Gemeinden könne sich so verbessern, im ländlichen Bereich kämen häufig noch weite Wege hinzu. Die wären in Zukunft dann vielleicht nicht immer nötig. „Nichts ersetzt das persönliche Gespräch. Aber eine moderne IT-Struktur gibt zusätzliche Möglichkeiten“, so Grotelüschen. Dafür müsse die Infrastruktur vor Ort stimmen, also z.B. ein leistungsfähiges Breitbandnetz zur Verfügung stehen, für dessen Ausbau sich die Abgeordnete seit Langem und mit Erfolg stark macht. Die Landkreise Oldenburg und Wesermarsch werden am 21.3. Förderbescheide des Bundesministeriums für Verkehr und Infrastruktur für einen Ausbau ihres Breitbandnetzes erhalten.

Interessierte Kommunen können sich bis zum 21. April 2017 für das Modellprojekt bewerben. Auch gemeinsame Bewerbungen mehrerer Kommunen sind möglich. Der Bewerbungsantrag steht zusammen mit weiteren Informationen auf der Seite des Bundesinnenministeriums www.bmi.bund.de

Hinweis: Gerne können Sie anliegendes Foto für eine Veröffentlichung nutzen.